

Herderzeitung

Sonderausgabe zur Tiergartenkonferenz

Mai 2021



Im Gespräch mit der Herderzeitung erzählt der ehemalige Europapolitiker und SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz von seinem Weg ins EU-Parlament und schildert seine Vision für die Zukunft der Europäischen Union.

„Europa ist ein einzigartiges Friedens- und Wohlfahrtsprojekt.“

Ein Bericht von der Tiergartenkonferenz: Führende Europapolitiker*innen und Journalist*innen diskutieren über ein souveränes Europa.

Hier wird gestritten und bestritten, aber auch gelacht und geträumt: Wir sind zu Besuch auf einer internationalen Konferenz, auf der renommierte Politiker*innen und Politikwissenschaftler*innen zusammengelassen sind, um über das Thema „Souveränes Europa“ zu sprechen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln.

Einmal im Jahr findet die Tiergartenkonferenz statt, so auch heute am 26. Mai. Ausgerichtet wird die Veranstaltung von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der parteinahen Stiftung der SPD, die auch uns zu dieser Veranstaltung eingeladen hat. Während die Besucher*innen eigentlich aus der Ferne per Livestream zusehen müssen, dürfen wir heute hinter die Kulissen schauen und das Geschehen in Echtzeit hinter den Kameras verfolgen.

Gegen 13:45 Uhr eröffnet Martin Schulz, ehemaliger EU-Parlamentarier, heute

Abgeordneter im Bundestag und designierter Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Tiergartenkonferenz 2021. Plakativ stellt er dar, in welcher brenzligen Lage sich Europa befindet.

„Europa ist ein einzigartiges Friedens- und Wohlfahrtsprojekt.“

Olaf Scholz (SPD)

Unter diesem Licht steht auch ein emotionaler Appell von Martin Schulz: Europa muss souveräner werden. Dafür brauche es drastische Veränderung, transnationales Denken und vor allem ein Wertedenken: „Respekt, Toleranz und Würde“. Dabei müsse jeder Einzelstaat bei der Entscheidungsfindung im Vordergrund stehen.

Nun übernimmt Olaf Scholz die Bühne. Er schildert seine Vision eines souveränen Europas und betont ebenso,

dass es ein solches nur mit Transparenz, Einigkeit und demokratischen Werten geben kann: „Lasst uns also mutig sein. Denn es braucht politischen Mut.“ Das zeigen viele gemeinsame Projekte.

Erst jetzt wird die Diskussion hitzig. Politische Publizist*innen wie Robert Menasse und Ulrike Guérot prangern die strukturellen Defizite der EU an. Zu Zeiten der Corona- und Klimakrise braucht es Einigkeit und klare Positionierungen.

Weitere Einblicke in die Tiergartenkonferenz 2021, die kontroversesten Stimmen und ergänzende Hintergrundinformationen finden sich in unserem Liveticker (→ jgh.news/tgk21).



Wir waren bei der Tiergartenkonferenz dabei und berichteten in Echtzeit.



Zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung steuerten wir einen Film zur Konferenz bei.

Video-Projekt: Schüler*innen zur Europapolitik

Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung haben wir der Jugend erstmalig auch eine Stimme auf der Tiergartenkonferenz gegeben. Eine Woche lang haben wir dafür die Politik-Kurse des 11. Jahrgangs besucht und mit den Schüler*innen über die Lage Europas gesprochen. Das Video mit den Fragen ist auf unserem Blog abrufbar (→ jgh.news/tgk21).

Im Rahmen des Projekts sind vielfältige Fragen zusammengelassen. Das Themenspektrum reicht von der Corona- und Außenpolitik der EU bis hin zu Grundsatzfragen wie der nach der europäischen Identität. Die Schüler*innen kritisierten immer wieder, dass sie sich insbesondere mit Blick auf den Klimawandel nicht genug gehört fühlen und dass direkte Ansprechpersonen in der Kommission auf europäischer Ebene fehlen.

Auf der Tiergartenkonferenz haben Politiker*innen manche der Fragen der Kurse aufgegriffen und darüber diskutiert. Auch die Strukturdebatte war ein zentrales Thema.

Am Ende eines Gesprächs sicherte Martin Schulz zu, unsere Schule im Rahmen einer Podiumsdiskussion besuchen zu wollen. Wir blicken auf spannende Themen und können es kaum erwarten, mehr über seine Wahrnehmung der europäischen Zusammenarbeit zu hören.







Der Mann hat was zu sagen: Martin Schulz im Interview

Europapolitiker und Ex-SPD-Vorsitzender Martin Schulz erzählt im Gespräch mit der Herderzeitung über seine Kindheit im europäischen Mikrokosmos, seine Überzeugung für die Sozialdemokratie und Gefahren für die europäische Idee.

Martin Schulz war über zwanzig Jahre Mitglied des europäischen Parlaments, ab 2012 sogar dessen Präsident, wechselte dann in die Bundespolitik und wurde Vorsitzender der SPD im Wahlkampf 2017. Noch bis zum Sommer ist Martin Schulz Europapolitiker im Deutschen Bundestag und möchte sich danach auf sein Amt als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung fokussieren.

Mit seiner Erfahrung und dank jahrelanger Arbeit auf europäischer Ebene ist er wahrscheinlich der ideale Gast und Redner auf der Tiergartenkonferenz, die sich dieses Mal am Thema souveränes Europa orientiert.

Herderzeitung: Herr Schulz, vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit für uns nehmen.

Martin Schulz: Gerne!

Herderzeitung: Zum Start einmal auf den Punkt gebracht: Was bedeutet für Sie konkret ein souveränes Europa?

Martin Schulz: Ein souveränes Europa ist eins, dass im Rahmen der vertraglichen Gestaltung zwischen den Mitgliedsstaaten, von diesen Mitgliedsstaaten, Rechte und auch Instrumente zum Umsetzen der Rechte und Pflichten, übertragen bekommt. Erst dann kann

Europa mit China, mit den USA und anderen Teilen der Erde auf gleicher Augenhöhe verhandeln. Souveränität in Europa ist die Ausstattung mit den Möglichkeiten, dort tätig zu werden, wo die einzelnen Länder der EU an die Grenzen ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen stoßen.

„Souveränität in Europa ist die Ausstattung mit den Möglichkeiten, dort tätig zu werden, wo die einzelnen Länder der EU an die Grenzen ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen stoßen.“

Herderzeitung: Als das Herzstück einer souveränen EU kann mit Sicherheit auch das Parlament genannt werden. Über zwanzig Jahre waren Sie als Sozialdemokrat Mitglied. Schauen wir einmal auf diese Zeit. Wie kommt man auf die Idee, sich ins EU-Parlament wählen zu lassen und wie sah Ihr Alltag als Abgeordneter Martin Schulz dort aus?

Martin Schulz: Ich bin in ei-

nem Dreiländereck zwischen Maastricht in den Niederlanden, Lüttich in Belgien und Aachen in Deutschland geboren. Das heißt, wenn du da bei mir zu Hause spazieren gehst, weißt du nicht, ob du Deutschland unter den Füßen hast oder Belgien schon in Richtung Niederlande verlassen hast.

Das sind Regionen, die ineinander übergehen. Ich würde sie als eine Art europäischen Mikrokosmos bezeichnen.

Ich war politisch engagiert, schon sehr früh. Und ich stamme aus einer Familie, die Verwandte in den Niederlanden, in Belgien und in Deutschland hat. Meine Urgroßmutter mütterlicherseits ist in den Niederlanden geboren, die andere in Belgien. Das heißt mein Va-

ter war Saarländer, der stammte von der deutsch-französischen Grenze. Meine Mutter war wie gesagt aus dieser Region.

Ich bin, wenn du so willst, ein European Native in einem europäischen Mikrokosmos. Und das hat mich am Ende dazu motiviert, dass ich, als die Direktwahl zum Europaparlament 1979 eingeführt wurde, gesagt habe, da will ich hin. Das ist genau der Ort, wo du das, was du an Politik umsetzen willst, auch umsetzen kannst. Ich hab das ja in meinen Reden, auch heute in meiner Rede schon gesagt: Respekt, Würde, Toleranz zwischen Nationen über Grenzen hinweg, ist das Gegenrezept zu Hass, Vernichtung und Zerstörung zwischen Nationen über Grenzen hinweg. Wer an einer Grenze aufgewachsen ist in einer Familie wie meiner, der kann nachvollziehen, wie die erste und die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sich unterschieden. Und ich wollte zu dieser zweiten Hälfte meinen Beitrag leisten. Deshalb habe ich mich dann für die Europapolitik entschieden.

Und der Alltag eines Europaparlamentariers, der ist stressig, du bist viel unterwegs. Man sieht das recht gut am deutschen Bundestag. Hier sitzen 709 Abgeordnete und alle sprechen Deutsch. Im EU-Parlament sitzen über 600, zu meiner Zeit um die 750, und die sprechen 21 Amtssprachen.

Da kriegst du alle Dokumente mindestens in vier Arbeitssprachen: in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Du musst mehr Zeit aufwenden, wenn du mit einem Kollegen oder einer Kollegin aus einem anderen Land in einer anderen Sprache, in einer anderen Kultur, in einer anderen Denkweise, vielleicht von einer anderen politischen Fraktion an einem Gesetzesentwurf arbeitest. Du bist da ständig im diplomatischen Alltag und musst Rücksicht auf herrschende Interdependenzen nehmen – auf diese vielfältigen Verbindungen achten und das alles im Auge behalten.

Und dann ist natürlich europäische Gesetzgebung komplex, also geltendes Recht für 430 Millionen Menschen in 27 souveränen Staaten zu schaffen. Ein solches Parlament gibt es nur einmal auf der Welt und das ist das Europaparlament, also von daher ist das schon ein fordernder Alltag, wenn man sich engagiert.

Herderzeitung: Was haben Sie denn in Ihrer Zeit als Mitglied und später auch als Präsident des europäischen Parlaments gelernt?

Martin Schulz: Das ist eine interessante Frage. Vieles von dem, was ich gerade berichtet habe, also dass internationale Politik ein Höchstmaß an Einfühlungsvermögen in die Denkweise anderer Sprachen, anderer Kulturen, anderer Länder erfordert. Wenn du mit einem Abgeordneten aus Lappland, im nördlichen Finnland, redest oder einem, der aus Sizilien kommt oder einer Kollegin aus Malta: Das ist ein Unterschied. Das musst du beherrsigen, aber es ist auch hochspannend, wie Menschen auf diesem Kontinent wegen der Geografie, wegen der Kultur, wegen der Sprache, wegen der Geschichte ihrer Länder, ihrer Völker, ihrer unterschiedlichen Regionen unterschiedlich geprägt sind.

Ich habe also eins auf jeden Fall gelernt: Europa ist ein wirklich spannender, vielfältiger Kontinent mit einem enormen kulturellen Reichtum und ich habe als Präsident gelernt, dass man den Mächtigen, den Regierungschefs im europäischen Rat – ob Merkel, Macron, egal wer – sagen muss, in der Demokratie erwächst die Legitimität von Exekutivorganen aus dem Parlament. Der Volkswille ist die Quelle des Parlamentarismus. Das Parlament übersetzt das in Gesetze, was Wählerinnen und Wähler bei Wahlen bestimmen. Und ihr seid dazu da, sie auszuführen und nicht um uns vorzuschreiben, was wir bitte schön zu beschließen haben. Und wenn du denen das sagst, dann gucken die dich groß an. Der erste Präsident des Europaparlaments hat so das erste Mal im Rat argumentiert. Du brauchst Beharrlichkeit und Ausdauer, um denen das beizubringen.

Das gilt auch für die Regierungschefin dieses Landes, die der Auffassung ist, dass es ganz geschickt ist, wenn man als Regierungschef in seinem nationalen Parlament sagen kann: Da seid ihr nicht für zuständig, da ist das Europaparlament für zuständig. Aber im Europaparlament in Brüssel sagt man dann: Was wollt ihr denn, ich bin meinem nationalen Parlament rechenschaftspflichtig, nicht euch.

„Geltendes Recht für 430 Millionen Menschen in 27 souveränen Staaten zu schaffen. Ein solches Parlament gibt es nur einmal auf der Welt.“

In dieser Grauzone ist ein Machtblock erwachsen, der dazu führt, dass wenn alles gut läuft, was Frau Merkel, Herr Macron, Herr Dragi, Herr Sánchez, Herr Costa, Herr Leven und Herr Kurz sagen, gute Stimmung auf nationaler Ebene verbreitet wird. Wenn es schlecht läuft, war das die europäische Union, die doch nichts auf die Reihe kriegt. Das ist eine große Gefahr für die europäische Idee. Alles Gute ist Frau Merkel, alles Schlechte sind die Bürokraten in Brüssel. Dagegen zu kämpfen ist schwer und hart, das habe ich aber fünf Jahre gemacht. Das war die Zeit, in der das europäische Parlament im öffentlichen Bewusstsein als Institution zugelegt hat.

Herderzeitung: Erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Tag damals als Abgeordneter und haben sie vielleicht damals irgendeinen Fehler gemacht, von dem Sie erzählen könnten?

Martin Schulz: An die ersten Tage erinnere ich mich genau. Das war der 20. Juli 1994, der Tag der Konstituierung des Europaparlaments. Ich war gewählt worden am 13. Juni. Zwischen dieser Wahl und der formellen Konstituierung gibt es dann eine Zwischenzeit. Du bist schon gewählt, aber das neue Parlament ist noch nicht zusammengetreten. Das ist so eine Zeit, da richtest du dann dein Büro ein, da kriegst du einen Ausweis, damit du reinkommst und so weiter. Und dann saß ich plötzlich in diesem Plenum in Straßburg, in dem alten Plenum, in dem heute die parlamentarische Versammlung des Europarats tagt, und es wurde ein deutscher Klaus Hänsch zum Präsidenten des Europaparlaments gewählt. Vor mir saß der französische Premierminister Michel Rocard, der von 1988 bis 1991 Ministerpräsident in Frankreich gewesen ist – ein

Held meiner Jugend als großer Führer der französischen Sozialisten –, das vergesse ich in meinem ganzen Leben nicht. Und hinter mir saß Catherine Trautmann, das war die Bürgermeisterin von Straßburg, später führende Kulturministerin in Frankreich. Das waren Rocard, Schulz, Trautmann und ich war hin- und hergerissen, ob ich das eigentlich verdient hätte. Das war ein Spannungsverhältnis.

Herderzeitung: Wir bleiben nochmal kurz bei der Vergangenheit. Sie haben nach dem Referendum in Großbritannien zum Brexit mit Sigmar Gabriel einen Zehn-Punkte-Plan mit dem Titel „Europa neu gründen“ veröffentlicht. Und dort haben sie geschrieben: Viele halten Europa bezogen auf das Versprechen nach einer besseren Zukunft für „einen Teil des Problems und nicht mehr für den konstruktiven Teil einer Lösung“. Wie konnte es so weit kommen?

Martin Schulz: Ich habe eben ein paar strukturelle Defizite der EU erläutert. Diejenigen, die die eigentliche Macht in Brüssel ausüben, sind die Chefs der nationalen Regierungen. Die stehlen sich aber immer aus der Verantwortung, wenn es nicht funktioniert und ich kann nicht hingehen und den Erfolg nationalisieren und den Misserfolg europäisieren. Dann sagen die Leute, dann wende ich mich halt davon ab und deshalb glaubten wir damals – und das glaube ich auch heute noch –, dass es einer umfassenden strukturellen Reform der Europäischen Union bedarf, um das Vertrauen von Menschen in die Idee von Europa zurückzugewinnen.

In Großbritannien hat man das dann zugespitzt. Man hat gesehen, was passiert, wenn verantwortungslose Politiker ihren Leuten erzählen, alles Schlechte kommt nur aus Brüssel und wenn wir von der Brüsseler Gefangenschaft reden, aus der sich Großbritannien befreien müsse. Kein Land, muss man jetzt mal sagen, profitierte ökonomisch derartig von der Europäischen Union wie Großbritannien, außer der Bundesrepublik Deutschland, dem zweitgrößten Mitgliedsland im Binnenmarkt.

Ich glaube, die Auswirkungen

des Brexits werden erst jetzt langsam sichtbar. Sie sind auch durch die Corona-Pandemie ein Stück überlagert, aber was die da angerichtet haben, wird erst auf Dauer sichtbar werden. Ob das vereinigte Königreich in seiner heutigen Form überlebt, ist natürlich eine offene Frage. Deshalb glaube ich, dass es zum Brexit kam, indem die EU-Mitgliedsstaaten sich nicht ausreichend hinter ihr eigenes Handeln gestellt haben und Europa damit den hemmungslosen Populisten hilflos ausgeliefert haben.

Herderzeitung: Wir sprechen also von einem Wandel in der Wahrnehmung der Europäischen Union. Können strukturelle Veränderungen in der Art und Weise, wie die EU arbeitet, dazu beitragen, diese Wahrnehmung zu verändern?

Martin Schulz: Ja! Das wird oft unterschätzt. Viele Leute sagen – das kann ich auch verstehen – wir brauchen keine Strukturdebatten, sondern wir brauchen Ergebnisse, die greifbar sind für die Bürgerinnen und Bürger. Das ist richtig, aber du kannst greifbare Ergebnisse nicht liefern, wenn du die Strukturen nicht hast, die du brauchst, um etwas zu erarbeiten.

Ich mache es mal ganz praktisch: Der Olaf Scholz hat eben in einer Antwort auf eine Frage diese Beispiele Ölkännchen-Normierung und Obst-Normierung im Binnenmarkt erwähnt. Das geht den Leuten tierisch auf den Senkel. Wir kriegen in den Handelsbeziehungen zu China nichts auf die Kette, aber wir normieren die Pizza. Es gibt da eine Norm, wie man Pizza backt. Das war der Wunsch der neapolitanischen Pizzabäcker, den die italienische Regierung nach Brüssel gebracht hat, da habe ich gesagt, ja haben wir sie noch alle. Aus Gründen des Produktschutzes darf nicht anders gebacken werden, also gibt es eine Pizzanorm, die sagt, dass Pizza eine ganz bestimmte Mehlmischung oder weiß der Teufel was haben muss, damit man sie Pizza nennen darf.

Genauso darfst du Öl nur in ganz bestimmten normierten Kännchen ausliefern. Auf meine Frage warum hieß es, damit die Leute erkennen, ob das Öl Qualität hat oder gepanscht [Anm. d. Red. mit Zusätzen versehen, verdünnt] ist. So, meine These war, nach fünftausendjähriger Erfahrung im Olivenanbau und der Produktion von Olivenöl im Mittelmeer sind die Kapillaren auf den Zungen der Mittelmeereinwohner bestimmt so geschult, dass sie gepanschtes von nicht-gepanschtem Öl unterscheiden können. Da brauchen sie keine Hilfe von einem Bürokraten aus Brüssel. So ein Stuss!

Meine Konsequenz daraus war, was du regional regeln kannst, was du lokal regeln kannst, was du national regeln



In Erzähllaune: In seinem Büro im ersten Stock plaudert Martin Schulz über seine Amtserfahrung und die EU. Fotos: Saskia Uppenkamp

kannst, mach es doch. Denn je mehr eine Entscheidungsfindung bei den Bürgern stattfindet, desto höher ist die Akzeptanz. Was du aber nicht mehr lokal, regional oder national machen kannst – den Klimawandel zum Beispiel, die Handlungsbeziehungen zu China, die Frage der weltweiten Kriminalitätsbekämpfung, die Regulierungen im Internet, die Bekämpfung der Steuerflucht, damit Google, Amazon und Facebook endlich Steuern zahlen –, das bedarf weltweiter und europäischer Regelungen.

„Wir kriegen in den Handelsbeziehungen zu China nichts auf die Kette, aber wir normieren die Pizza.“

Wir brauchen dringend eine Kompetenzaufteilung, die die Institutionen der EU beauftragt, diese Dinge anzupacken, aber regionale und lokale Behörden verpflichtet, die regionalen und lokalen Dinge zu regeln.

Deshalb hänge ich so an Strukturen. Wenn du in Großbritannien hättest sagen können: „Das stimmt nicht, für das britische Gesundheitssystem ist nicht Brüssel zuständig.“ Dann hätte auch nicht der Herr Farage oder der Herr Johnson durch England ziehen können und sagen können, wir treten aus der EU aus. Dann muss das Geld, das uns fehlt, um in das Gesundheitssystem zu investieren, nicht mehr nach Brüssel fließen. Wenn du klar hättest sagen können, das ist eine Lüge – damit hat Brüssel gar nichts zu tun, da bist du selbst zuständig – dann wäre diese Art Verhetzung nicht möglich gewesen. Das ist das, was ich mit den strukturellen Veränderungen meine.

Herderzeitung: Sie haben eben schon angesprochen, dass man unterscheiden sollte zwischen Problemen, die auf lokaler Ebene gelöst werden können, aber eben auch Problemen – wir sprechen da von der Klimakrise, von der Digitalisierungsfrage, von der Coronakrise, von der Einwanderungsproblematik –, die eine internationale Antwort erfordern. Warum können diese Probleme nur gemeinschaftlich, also transnational gelöst werden?

Martin Schulz: Weil der einzelne Staat in der europäischen Union nicht mehr groß und stark genug ist, um für seine Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Probleme den Schutz zu generieren, den er generieren muss. Es gibt ein Versprechen in Demokratien, dass der Staat seine Bürgerinnen und Bürger schützt. Vor Lebensrisiken werden wir in Berlin in der Bundesrepublik Deutschland so wenig wie Luxemburg mit lokalen Entscheidungen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen beeinflussen können.

Du wirst den Klimawandel nur durch weltweite Konventionen abwenden. Jetzt komme ich mal zu einem praktischen Beispiel: Ich habe in meiner Rede Jair Bolsonaro erwähnt. Dieser Mann lässt den Regenwald abholzen. Jeder Regenwald ist ein Stück grüne Lunge dieser Erde. Wir müssen hier die Frage aufwerfen, die eigentlich auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgeworfen werden müsste: Ist das jetzt nur noch souveränes Handeln Brasiliens, das uns nichts angeht, oder ist das Handeln der brasilianischen Regierung eine Gefährdung für alle Menschen auf diesem Planeten? Ich glaube, da sind wir uns relativ einig: Letzteres ist der Fall. Jetzt kannst du aber nicht nach Brasilien einmarschieren und sagen, so Schluss jetzt, geht nicht.

Aber wie wäre es denn mit folgender Vorstellung: Der größte Binnenmarkt der Welt – auch

der reichste nebenbei bemerkt – auf den alle mit ihren Gütern wollen, ist der der Europäischen Union. Wenn wir in einem Handelsabkommen mit Brasilien oder mit dem Mercosur – das ist der Zusammenschluss der südamerikanischen Staaten, da führt Brasilien nebenbei bemerkt gerade den Vorsitz – zu einer Handelszone sagen, ihr kommt mit euren Produkten auf unseren Markt nur noch, wenn wir Ökostandards vereinbaren, zu denen auch der Schutz des Regenwalds gehört, da ist der Jair Bolsonaro plötzlich in einer ganz anderen Situation. Wenn nämlich jetzt die Bundesrepublik Deutschland im Alleingang etwas sagt, da sagt der schön. Oder nehmen wir mal die Portugiesen – Portugal führt zurzeit den Vorsitz in der Europäischen Union. Wir importieren keine brasilianischen Produkte mehr nach Portugal, da kriegt der eine Krise der Bolsonaro, oder? Da sagt der, ist mir egal oder Luxemburg, Lettland oder Österreich sagt, wir führen keine brasilianischen Produkte mehr nach Österreich ein, da wackelt die Bande in Brasilien. Wenn aber die Europäische Union sagt, pass mal auf, Jair Bolsonaro, so geht das aber nicht, wir haben hier bestimmte Standards – ethische, ökonomische, ökologische, monetäre – und die machen wir zur Bedingung, dann ist plötzlich die Gemeinsamkeit der beste Schutz für den einzelnen Staat und sichert Souveränität, die der einzelne Staat gar nicht mehr gewähren kann.



Kurz und knapp: Das Gespräch im Video

Ich muss nochmal auf eines hinweisen: Die Europäische Union, das hab ich eben zitiert, ist eine Gemeinschaft kleiner Staaten. Ich geh sie mal durch: Malta, Zypern, Griechenland, Portugal, auch Finnland, Schweden, Dänemark, Irland, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik. Das sind alles kleine Länder, die allein gar nicht mehr in der Lage sind, solche Probleme zu lösen, und selbst die große Bundesrepublik Deutschland mit 82 Millionen Einwohnern ist eine größere chinesische Provinz. Bei 1,4 Milliarden Menschen im 21. Jahrhundert kommt der Schutz nicht mehr durch die Zerlegung in Einzelteile, sondern, im Gegenteil, durch die Zusammenfügung der einzelnen Mitgliedsstaaten zu einer Wirtschaftsgemeinschaft, die – und das ist der entscheidende Punkt – ihre wirtschaftliche Kraft nutzt, um ihre ethischen, demokratischen und ökologischen Standards zu schützen. Deshalb bin ich ein überzeugter Europäer und glaube, dass die Wohlfahrt eurer Generation, der Generation eurer Kinder, davon abhängen wird, ob wir heute es schaffen, so stark zu werden, dass wir selbstbestimmt und souverän handeln können oder ob das Schicksal in Washington, Peking und Neu Delhi entschieden wird und nicht mehr hier.

Herderzeitung: Aus dem Brasilien-Beispiel hört man ja ganz deutlich heraus, dass Sie die Idee von einer stärkeren Europäischen Union als wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor vertreten, sodass die Welt ohne den Europäischen Binnenmarkt praktisch aufgeschmissen wäre.

Martin Schulz: Eindeutig!

Herderzeitung: Eine von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte Umfrage zeigte jüngst, dass sich die Bürger*innen eine stärkere Rolle der EU in der Welt wünschen. Wir leben in Zeiten mit nicht ganz klaren Machtverhältnissen: das aufstrebende, anti-demokratische China, Russland, das sich auch immer mehr von demokratischen und liberalen Werten wegbewegt und die USA, die aufgrund zahlreicher innenpolitischer Probleme gegen die Spaltung im eigenen Land ankämpfen müssen. Wie kann die EU ihre freiheitlich-demokratischen Werte und wirtschaftlichen und ökonomischen Standards nach außen hin vertreten und damit ein selbst ein deutlicher Machtfaktor werden?

Martin Schulz: Man muss den Binnenmarkt, die damit verbundene ökonomische Kraft und auch den Wunsch anderer Regionen dieser Erde wie China, denn China braucht den europäischen Markt, nutzen. Chinas Produktion alleine ist schon groß, aber die brauchen dringend den europäischen Markt und auch europäische Investitionen in China. Zusätzlich wird klar, dass

Trumps kurzfristige America-First-Politik auf Dauer nicht funktionieren wird. Das führt dazu, dass andere Märkte kaputt gehen, die die amerikanischen Unternehmen aber zwingend brauchen, um dorthin zu exportieren. Das heißt, es gilt die ökonomische Kraft zu bündeln mit einem politischen Wille.

Ich komme gleich noch einmal auf die Strukturen zurück, die dabei nämlich eine gewaltige Rolle spielen. Ich habe Joe Biden mehrfach getroffen, um mit ihm als Präsident des Europaparlaments über das Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU verhandelt. Xi Jinping kannte ich schon, als er noch nicht Staatspräsident in China war. Mit Narendra Modi, dem Ministerpräsidenten Indiens, und auch mit Wladimir Putin konnte ich intensiv reden. Meine Erfahrung im Umgang mit diesen Leuten ist folgende, gerade weil letztere keine demokratischen Politiker sind,

„Selbst die große Bundesrepublik Deutschland mit 82 Millionen Einwohnern ist eine größere chinesische Provinz.“

sondern entweder Diktatoren oder autoritäre Herrscher: Die Sprache, die die sprechen, ist die Sprache der Macht. Die respektieren jemanden auf gleicher Augenhöhe. Haben die jedoch das Gefühl, der ist schwach, unsicher, hinter seinen Worten steht weniger Kraft, als es scheint, nehmen die dich nicht ernst – im Gegenteil. Das führt dazu, dass in Peking oder Moskau vor allen Dingen, aber unter der Trump-Regierung auch in Washington, daran gearbeitet wurde, Europa auseinander zu treiben. Die Briten sind am meisten von den Trumpisten unterstützt worden, unter dem Motto: „Zerstört den europäischen Binnenmarkt, denn der europäische Binnenmarkt ist unsere größte Konkurrenz. In dem Moment, in dem sich Europa den Binnenmarkt verbunden mit politischen Bedingungen zu Eigen macht, wird es für uns schwieriger.“ Und deshalb sind solche Leute wie Orban in Budapest, der sich von China rauskaufen lässt, gefährlich.

Finanzpolitisch, handelspolitisch, umweltpolitisch, demokratiepolitisch muss man, wenn man in Peking auftritt, so auftreten, dass der oder diejenige, der oder die mit der chinesischen Regierung redet, im Namen der europäischen Union verbindlich auftreten kann. [...] Deshalb rede ich

über Strukturen: Das Problem ist der europäische Rat der Staats- und Regierungschefs, auch der Außenminister-Rat, mit seinem Einstimmigkeitsprinzip. Wenn beispielsweise der maltesische Regierungschef sein Veto einlegt, dann steht der Zug still. Deshalb rate ich dringend dazu, zur Mehrheitsentscheidung überzugehen, auch im Europäischen Rat. Ich habe noch keinen Regierungschef gesehen, der freiwillig politische Rechte nach Brüssel abgibt und dadurch selbst schwächer wird. Das kann ich auch verstehen. Seit Jahren läuft dieser Film, dass im Geheimen immer mehr nach Brüssel abgegeben wird. Aber nur so, dass am Ende die Regierungschefs auf der Bremse stehen können, wenn sie zu Hause zu stark unter Druck geraten.

Das beste Beispiel ist Wien: Der läuft da zu Hause rum und es entsteht der Eindruck, als würde alles nur so laufen, wie der Sebastian [Anm. d. Red. Se-

Martin Schulz: Die blanke Wut. Das ist doch der Grund, warum ich mich da gemeldet habe. Als Abgeordneter hatte ich jedoch immer einen sehr großen Respekt vor dem Mandat. Dann sitzt du da und hörst als jemand, der als deutscher Politiker international 23 Jahre lang gearbeitet hat, dass im Reichstagsgebäude ein Mensch sagt, man wird ja wohl stolz sein dürfen auf die Leistung deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen und verglichen mit den Erfolgen unserer Nation sei das dritte Reich ein Vogelschiss.

Da ist mir einfach der Kragen geplatzt. Ich hatte mich dann für eine Zwischenfrage zu Wort gemeldet, die hatte er abgelehnt. In einer sogenannten Kurzintervention, die die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vorsieht, hatte ich dann die Möglichkeit, für zwei Minuten zu reden. Von der habe ich dann Gebrauch gemacht. Ich habe für mich entschieden, ich schweige nicht, wenn so etwas gesagt wird. In meinen Augen ist die gesamte AfD keine Alternative für Deutschland, sondern eine Schande für die Bundesrepublik.

Herderzeitung: In unserem Videobeitrag zur Konferenz wurden auch die zu komplizierten politischen Strukturen der EU kritisiert. Wie glaubwürdig ist es, wenn im Europawahlkampf Timmermanns und Weber beworben werden, dann aber letztendlich Ursula von der Leyen Kommissionspräsidentin und damit quasi Regierungschefin wird?

Martin Schulz: Skandalös! Die Wahl von Ursula von der Leyen ist ein Skandal gegenüber den Wähler*innen. Ich gelte ja gemeinhin als der Erfinder dieses Spitzenkandidaten-Prozesses. Ich war der erste Spitzenkandidat für die Sozialdemokraten, Junker für die EVP. Um mehr Transparenz zu schaffen, wurde gesagt: Der Politiker, der es schafft, eine Mehrheit im Parlament hinter sich zu versammeln, wird Kommissionspräsident. Das Parlament hätte in meinen Augen härter sein müssen, aber dass der Rat anschließend eiskalt jemanden benannte, der nicht kandidiert hatte, war ein Rückfall in intransparente Zeiten. Frau von der Leyen ist hinter verschlossenen Türen ausgekugelt worden zwischen Macron und Merkel. Und das merkt man ihrer Amtsführung auch an. Mehr Transparenz ist in einer Demokratie das A und O. Deshalb bin ich auch für transnationale Listen. Und da sind wir am Ende auch wieder bei den Strukturen.

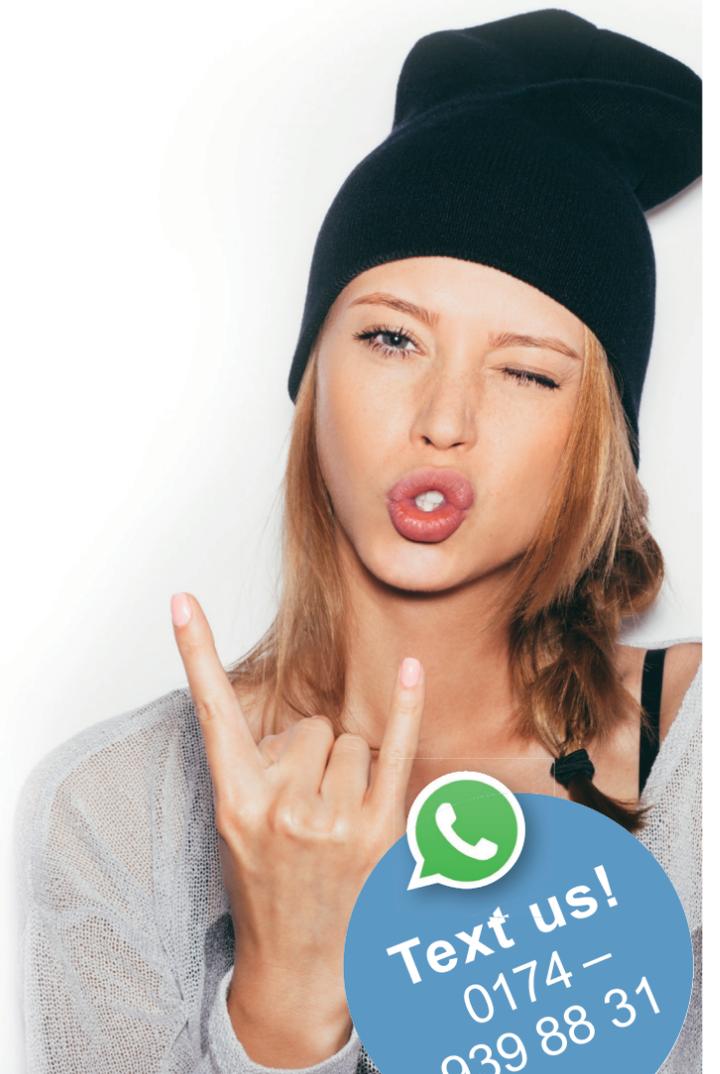
Herderzeitung: Herr Schulz, herzlichen Dank für unser spannendes Gespräch heute und die Einblicke in Ihr Leben.

Das Interview wurde geführt von Helena Thurm, Simon Rösler und Tobias Westphal.

Schule im Ausland - weltweit!



imagine
—
develop
—
grow



iE international
EXPERIENCE e.V.



High School Year: wir informieren
unverbindlich und kostenfrei, auch über
Stipendien oder BAföG*-Förderungen!

Nimm deine Leidenschaft mit in dein Auslandsschuljahr.
Mehr unter: www.international-experience.net

*BAföG muss nicht zurückgezahlt werden.

Impressum

Herausgeberin:

Schüler*innenzeitung Herderzeitung, Chefredaktion: Ronja Zemrich und Tobias Westphal, c/o Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium, Franz-Jacob-Straße 8, 10369 Berlin

Kontakt:

Webseite: herderzeitung.de; E-Mail: info@herderzeitung.de; Telefon: 015678 573 405
In den sozialen Medien: @herderzeitung auf Facebook, Twitter, TikTok, Instagram & Telegram

Rahmendaten:

Sonderausgabe vom 26. Mai 2021 anlässlich der Tiergartenkonferenz
Abgabepreis: kostenlos, Auflage: 250 Exemplare
ISSN: 2699-7401

Rechtliche Hinweise:

V. i. S. d. P.: Herderzeitung, vertreten durch Tobias Westphal, Franz-Jacob-Straße 8, 10369 Berlin
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen:

Die Inserate ermöglichen uns den günstigen Verkaufspreis. Wir bitten deshalb um ihre Beachtung und weisen gleichzeitig darauf hin, dass der Inhalt der Anzeigen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergibt. Alle Informationen rund um das Schalten von Anzeigen in der Herderzeitung auf: herderzeitung.de/anzeigen
Akquise: Lydia Zeise, Franz-Jacob-Straße 8, 10369 Berlin

Druck dieser Ausgabe:

**SMART
PAPER 24**
Ein Angebot der **FUNKE** MEDIENGRUPPE